

Die FAZ und die politische Gewalt



Von PETER M. MESSER | Kann es für einen PI-NEWS-Autor etwas Schöneres geben, als seine Auffassung zu den Gewaltfantasien des Establishments durch die erhabene FAZ bestätigt zu finden?

Vor kurzem schrieb ich hier, dass die Versuche, der AfD die Verursachung oder die Billigung des Mordes an Walter Lübcke unterzuschieben, eigentlich Projektionen des eigenen Verhältnisses von Mainstreammedien und Establishment zur politischen Gewalt seien. Das hat ein Kommentar des FAZ-Journalisten Reinhard Müller vom 11. Juli zum anstehenden Ausschluss Thilo Sarrazins aus der SPD nun bestätigt. Müller schreibt unter anderem:

Die Folge eines Parteiausschlusses dürfte noch ein Popularitätsschub für Sarrazin sein und weitere Nahrung für die zweifelhafte These, man dürfe in Deutschland nicht alles sagen.

Gerade Sarrazin zeigt doch aber: Man darf. Er kann sogar davon leben. Dass er bedroht wird, ist skandalös. Aber dass heftige Attacken nicht ohne Echo bleiben, kann kaum überraschen.

Thilo Sarrazin hat sich nach Reinhard Müller seine Bedrohung also selbst zuzuschreiben, und etwas, mit dem man wegen seines eigenen Verhaltens rechnen muss, kann man eigentlich nicht mehr als skandalös bezeichnen. Ob Müller seinen letzten Satz

auch auf Walter Lübcke angewendet wissen möchte?

Man muss sich hier verdeutlichen, dass Müller bei der FAZ für die Themen „Staat und Recht“ zuständig ist und dabei gerne als Minnesänger des bürgerlichen Rechtsempfindens auftritt. Es wäre ihm problemlos möglich gewesen, zu schreiben, dass Sarrazin mit heftigen Gegenäußerungen habe rechnen müssen, Bedrohungen aber skandalös seien. Aber das entspräche eben nicht dem Verhältnis zur politischen Gewalt, das er und seine Redaktion tatsächlich haben und das Gewalt gegen den politischen Gegner für nachvollziehbar, wohl auch irgendwie für nützlich hält und jedenfalls eine eindeutige Distanzierung davon nicht mehr fertigbringt.

Müllers Kommentar ist ein Beispiel dafür, dass die Hoffnung völlig illusorisch ist, mit Vertretern der Presse, auch der bürgerlichen „Qualitätspresse“, zu einem gemeinsamen Verständnis für einen gewaltfreien Meinungskampf zu kommen oder ein Mindestmaß an Fairness im Tausch gegen verbale Abrüstung zu erhalten.

Gerade die FAZ zeigt mit ihrem aktuellen regierungskonformen Kampagnenjournalismus pro von der Leyen und gegen die AfD, dass der Ausdruck „Systempresse“ kein Schimpfwort, sondern eine nüchterne Tatsachenbeschreibung ist. Man spare sich aber den Shitstorm gegen Müller. Er ist nicht wichtig, und auch die FAZ ist eigentlich nicht wichtig. Das wirkliche Problem sind der Respekt, das Vertrauen und die Autorität, die der FAZ und den übrigen Teilen der bürgerlichen Lügenpresse noch immer zugesprochen werden. Besonders sichtbar wird das, wenn minimale Abweichungen in einzelnen Texten einzelner Journalisten als Beweis für die „eigentlich konservative“ Substanz solcher Regierungsorgane hochgejubelt werden. Das Problem liegt in den Köpfen der Menschen. Dort allerdings muss es bekämpft und restlos beseitigt werden.